

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 19.06.2026 12:58
Aktenzahl: PGL-878367-2026-KVP/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 1.64

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales
und Digitales
Vizebürgermeisterin
Barbara Novak, MA

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Hannes Taborsky (ÖVP) und Sabine Keri (ÖVP) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales Vizebürgermeisterin Barbara Novak, MA zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales (GFW)) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Stärkung und Entlastung des Verwaltungsgerichts Wien

Das Verwaltungsgericht Wien ist eine zentrale Institution des Rechtsstaats und für den effektiven Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger von besonderer Bedeutung. Laut dem Tätigkeitsbericht für das Jahr 2025 warnt das Verwaltungsgericht Wien vor einer konstanten Überlastung. Demnach ist die Zahl der neuen Verfahren von rund 18.000 im Jahr 2021 auf mehr als 20.000 im Jahr 2025 gestiegen. Besonders stark zugenommen haben Verfahren in den Bereichen Mindestsicherung, Staatsbürgerschaft sowie Verwaltungsstrafen rund um E-Scooter und Leihräder.

Diesem Anstieg stehen nur 82 Richterinnen und Richter gegenüber, zusätzlich fehlt es auch an juristischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Sachverständigen. Der Präsident des Verwaltungsgerichts Wien, Dieter Kolonovits, verwies im Gemeinderat darauf, dass die zusätzlichen Richterinnen und Richter die starke Zunahme der Arbeitslast sowie Ausfälle durch Pensionierungen und Teilzeit nicht ausreichend kompensieren können. Laut einer ORF-Recherche liege die Belastung in Wien mit 207 Akten pro Richterin beziehungsweise Richter deutlich über jener anderer Landesverwaltungsgerichte und des Bundesverwaltungsgerichts.

Lange Verfahrensdauern und offene Verfahren belasten Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltung gleichermaßen. Ein funktionierendes Verwaltungsgericht ist eine Grundvoraussetzung für Rechtssicherheit, effiziente Verfahren und Vertrauen in den Rechtsstaat. Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, das Verwaltungsgericht Wien personell und finanziell zu stärken und rasch Maßnahmen zur Entlastung zu setzen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine personelle und finanzielle Stärkung des Verwaltungsgerichts Wien aus und ersucht die amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales, die notwendigen budgetären Voraussetzungen für eine nachhaltige Entlastung des Verwaltungsgerichts Wien zu schaffen.

Ziel muss es sein, offene Verfahren abzubauen, Verfahrensdauern zu verkürzen und die Arbeitsbelastung der Richterinnen und Richter sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ein dauerhaft tragfähiges Maß zu reduzieren.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

22.06.2026

Unterzeichner*innen:

Sabine Keri (ÖVP); Hannes Taborsky (ÖVP)